

Wirtschaftsgipfel Neapel

Treffen der Staats- und Regierungschefs
am 8. und 9. Juli 1994 in Neapel

Gipfel-Kommuniqué

Neapel, 9. Juli 1994

1.

Wir, die Staats- und Regierungschefs von sieben großen Industriestaaten und der Präsident der Europäischen Kommission, sind am 8. und 9. Juli 1994 in Neapel zu unserer 20. Tagung zusammengetroffen.

2.

Wir treffen uns in einer Zeit tiefgreifender Veränderungen der Weltwirtschaft. Neue Formen des internationalen Zusammenwirkens haben weitreichende Folgen für das Leben unserer Völker und führen zur Globalisierung unserer Volkswirtschaften.

3.

Vor 50 Jahren begannen in Bretton Woods weitblickende Politiker, die Institutionen aufzubauen, die unseren Völkern für die Dauer von zwei Generationen Freiheit und Wohlstand bescherten. Sie gründeten ihre Bemühungen auf zwei große und verpflichtende Prinzipien – Demokratie und offene Märkte.

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert sind wir uns unserer Verantwortung bewußt, diese Institutionen zu erneuern und zu beleben und die Herausforderung anzunehmen, die im Entstehen begriffenen marktwirtschaftlichen Demokratien weltweit zu integrieren.

Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, haben wir vereinbart, uns im nächsten Jahr in Halifax auf zwei Fragen zu konzentrieren:

(1) Wie können wir sicherstellen, daß die Weltwirtschaft des 21. Jahrhunderts für nachhaltige Entwicklung mit guten Arbeitsplätzen, wirtschaftlichem Wachstum und expandierendem Handel sorgt, um die Prosperität und das Wohlergehen unserer Völker und der Welt zu fördern?

(2) Welche institutionellen Veränderungen könnten vonnöten sein, um diese Herausforderungen zu bestehen und so das Wohlergehen und die Sicherheit unserer Völker auch in Zukunft zu gewährleisten?

Arbeitsplätze und Wachstum

1.

Vor einem Jahr zeigte sich in unseren Volkswirtschaften keine oder nur eine zögerliche Erholung. Heute zeichnen sich

ermutigende Ergebnisse ab. Der wirtschaftliche Aufschwung hat begonnen. Neue Arbeitsplätze werden geschaffen, und in immer mehr Ländern der G 7 finden die Menschen wieder Arbeit. Die Inflation hat heute den tiefsten Stand seit über drei Jahrzehnten erreicht, und es bestehen die Bedingungen für ein starkes inflationsfreies Wachstum. Wir bekräftigen daher die Wachstumsstrategie, die wir in Tokio vereinbart hatten. Wir rufen unsere Finanzminister auf, eng zusammenzuarbeiten, damit sich die wirtschaftliche Erholung fortsetzt, und wir haben sie aufgefordert, den Prozeß der multilateralen Überwachung und politischen Zusammenarbeit zu verbessern. Wir befürworten außerdem eine engere Zusammenarbeit zwischen unseren zuständigen Behörden mit dem Ziel, auf die zunehmende Integration der globalen Kapitalmärkte zu reagieren.

2.

Allerdings ist die Arbeitslosigkeit mit über 24 Millionen Betroffenen allein in unseren Ländern nach wie vor viel zu hoch. Dies bedeutet eine nicht hinnehmbare Verschwendung. Sie ist besonders bedrohlich, wenn hauptsächlich junge Menschen und Langzeitarbeitslose betroffen sind, wie dies in vielen unserer Länder der Fall ist.

3.

Ausgehend von der Beschäftigungskonferenz in Detroit und der OECD-Analyse haben wir die Wege aufgezeigt, die wir gehen müssen:

– Wir werden auf Wachstum und Stabilität hinarbeiten, damit die Wirtschaft wie auch jeder einzelne ihre Zukunft vertrauensvoll planen können.

Inhalt

Wirtschaftsgipfel Neapel

Gipfel-Kommuniqué	633
Erklärung des Vorsitzenden	637
Erklärungen des Bundeskanzlers zum Wirtschaftsgipfel Neapel	639

Offizieller Besuch des Ministerpräsidenten der Volksrepublik China

Deutsch-chinesische Wirtschaftskonferenz	641
Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Ministerpräsidenten der Volksrepublik China	641

- Wir werden auf der gegenwärtigen wirtschaftlichen Erholung aufbauen und Reformen vorantreiben mit dem Ziel, die Fähigkeit unserer Volkswirtschaften zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu verbessern.

Jedes dieser beiden Elemente ist von ausschlaggebender Bedeutung, wenn das Niveau der Arbeitslosigkeit dauerhaft gesenkt werden soll.

4. Wir werden uns auf folgende strukturelle Maßnahmen konzentrieren. Wir werden:

- verstärkt in den Menschen investieren durch bessere Grundbildung, durch Verbesserung fachlicher Fertigkeiten, durch Erleichterung des Übergangs von der Schule ins Arbeitsleben, durch umfassende Einbeziehung der Arbeitgeber in die Ausbildung und - wie in Detroit vereinbart - durch die Entwicklung einer Kultur lebenslangen Lernens;
- starre beschäftigungspolitische Strukturen abbauen, die die Arbeitskosten erhöhen oder die Schaffung von Arbeitsplätzen behindern, übermäßige Regulierungsmaßnahmen beseitigen und dafür sorgen, daß die indirekten Beschäftigungskosten, wo immer möglich, verringert werden;
- aktive Arbeitsmarktpolitiken verfolgen, die Arbeitslosen helfen, sich auf effektivere Weise um Arbeitsplätze zu bemühen, und gewährleisten, daß unsere sozialen Sicherungssysteme Beschäftigungsanreize schaffen;
- zu Innovationen und zur Verbreitung neuer Technologien ermutigen und diese fördern, darunter insbesondere die Entwicklung einer offenen, wettbewerbsfähigen und integrierten weltweiten Informationsinfrastruktur; wir vereinbarten die Einberufung eines Treffens unserer zuständigen Minister in Brüssel, um diese Fragen weiter zu behandeln;
- Möglichkeiten zur Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen in Bereichen verfolgen, in denen gegenwärtig neuer Bedarf besteht, zum Beispiel bei Lebensqualität und Umweltschutz;
- den Wettbewerb fördern, indem wir unnötige Regulierungen beseitigen und Hemmnisse für kleine und mittelständische Unternehmen abbauen.

5. Zur Umsetzung dieses Programms rufen wir Wirtschaft und Arbeitnehmer zu aktiver Beteiligung und unsere Bürger zur Unterstützung auf.

6. Wir sind entschlossen, dieses Aktionsprogramm voranzutreiben, und werden die Fortschritte bei der Verwirklichung unserer Ziele - nachhaltiges Wachstum und Schaffung neuer und höherwertiger Arbeitsplätze - überprüfen.

Handel

1. Die Öffnung von Märkten fördert das Wachstum, schafft Arbeitsplätze und erhöht den Wohlstand. Die Unterzeichnung der Übereinkünfte der Uruguay-Runde und die Schaffung der Welthandelsorganisation (WTO) sind wichtige Meilensteine zur Liberalisierung des Handels seit dem Zweiten Weltkrieg.

2. Wir sind entschlossen, die Übereinkünfte der Uruguay-Runde zu ratifizieren, und fordern andere Staaten ebenfalls dazu auf, damit die WTO bis zum 1. Januar 1995 die Arbeit aufnehmen kann. Wir sind entschlossen, die Dynamik der Handelsliberalisierung zu erhalten. Wir fordern die WTO, den IWF, die Weltbank und die OECD auf, innerhalb ihrer jeweiligen Zuständigkeitsbereiche zusammenzuarbeiten.

3. Mit Blick auf die internationalen Handelsfragen ermutigen wir die OECD, die begonnene Arbeit fortzusetzen, die darauf abzielt, die Wechselwirkung zwischen internationalen Handelsregeln und Wettbewerbspolitiken zu untersuchen. Wir unterstützen die weitere Ausarbeitung internationaler Investitionsregeln mit dem Ziel, Hindernisse für ausländische Direktinvestitionen abzubauen.

4. Wir begrüßen die Arbeiten zu den Beziehungen zwischen Handel und Umwelt im Rahmen der neuen WTO. Wir fordern verstärkte Bemühungen um eine Verbesserung unseres Verständnisses neuer Fragen, zu denen auch Beschäftigung und Arbeitsnormen gehören, sowie deren Auswirkungen auf die Handelspolitik.

5. Auf unserem Treffen im nächsten Jahr werden wir die in diesen Fragen erzielten Fortschritte prüfen.

Umwelt

1. Die Umwelt genießt höchste Priorität in der internationalen Zusammenarbeit. Die Umweltpolitik kann dazu beitragen, Wachstum, Beschäftigung und den Lebensstandard zu verbessern, zum Beispiel durch Investitionen in geeignete Technologien, durch die effizientere Nutzung von Energie und durch die Säuberung verschmutzter Gebiete.

2. Wir fordern die multilateralen Entwicklungsbanken nachdrücklich auf, auch weiterhin bei der Beteiligung der unmittelbar Betroffenen vor Ort und der Einbeziehung umweltpolitischer Erwägungen in ihre Programme Fortschritte zu erzielen.

3. Wir unterstützen die Arbeit der Kommission für nachhaltige Entwicklung bei der Überprüfung der bei der Umsetzung des Rio-Prozesses erzielten Fortschritte. Wir sehen der Umsetzung der bereits geschlossenen Übereinkünfte entgegen, insbesondere derjenigen über die biologische Vielfalt und über Klimaänderungen, und werden auf Erfolge bei den bevorstehenden Konferenzen zu diesen Themen in Nassau und Berlin hinarbeiten.

4. Wir begrüßen die Umstrukturierung und die Auffüllung der Globalen Umweltfazilität (GEF) und unterstützen, daß sie als ständiger Finanzierungsmechanismus dieser beiden Übereinkünfte ausgewählt wurde.

Wir begrüßen den kürzlich erfolgten Abschluß des Übereinkommens über die Bekämpfung der Wüstenbildung und die Ergebnisse der Konferenz über kleine Inseln, die den in Rio vereinbarten Rahmen ergänzen.

5.

Wir sind entschlossen, die Umsetzung unserer in dem Klimavertrag von Rio geforderten nationalen Pläne zu beschleunigen, und werden jeder auf dem Gipfeltreffen im nächsten Jahr über das, was wir erreicht haben, berichten. Ferner sehen wir die Notwendigkeit, Schritte für die Zeit nach der Jahrtausendwende zu erarbeiten.

Entwicklungsländer

1.

Wir begrüßen die von vielen Entwicklungsländern erzielten wirtschaftlichen Fortschritte. Wir sind jedoch über die Stagnation und die fortdauernde Armut in einigen Ländern, insbesondere in Afrika, besorgt. Da das rasche Bevölkerungswachstum in vielen Ländern die Armut noch verschärft hat, betonen wir die Bedeutung, die einem positiven Ausgang der Konferenz von Kairo über Bevölkerung und Entwicklung zukommt.

2.

Wir verpflichten uns zur Fortsetzung unserer Bemühungen um die Verstärkung der Entwicklungshilfe sowie um die Förderung von Handel und Investitionen in den Entwicklungsländern.

Die erheblichen privaten Kapitalströme in Entwicklungsländer und die Bemühungen vieler dieser Länder um die Förderung des Handels untereinander, insbesondere in Lateinamerika und Asien, sind ermutigend.

Wir rufen die Weltbank sowie die regionalen Entwicklungsbanken auf, ihre Bemühungen um den Zufluß privater Kapitalströme in die Entwicklungsländer zu verstärken und gleichzeitig mehr Mittel für Gesundheits- und Bildungswesen, Familienpolitik und Umweltschutz zur Verfügung zu stellen.

Wir ermutigen den Pariser Club, seine Bemühungen um eine verbesserte Behandlung der Schulden der ärmsten und am höchsten verschuldeten Länder fortzusetzen. Wo dies angebracht ist, treten wir für eine Reduzierung des Schuldenbestands und für die Erhöhung des Erlaßelements für Länder mit besonderen Schwierigkeiten ein.

Wir begrüßen die Erneuerung der Erweiterten Strukturanpassungsfazilität (ESAF) und die derzeit vom IWF geprüften Maßnahmen, um die Entwicklungsländer verstärkt zu unterstützen und dafür zu sorgen, daß alle Mitglieder am SZR-System teilnehmen. Darüber hinaus sind wir uns darin einig, Möglichkeiten zur wirksameren Mobilisierung der vorhandenen Mittel der internationalen Finanzinstitutionen zu prüfen, um auf die besonderen Bedürfnisse der Länder zu reagieren, die im Begriff sind, die wirtschaftliche und politische Zerrüttung zu überwinden, bzw. auf die Bedürfnisse der ärmsten und am höchsten verschuldeten Länder.

3.

Im Nahen Osten ist wirtschaftliche Entwicklung zur Abstützung des Friedensprozesses von wesentlicher Bedeutung. Deshalb leisten wir gemeinsam mit anderen Gebern der palästinensischen Verwaltung finanzielle und technische Hilfe und arbeiten auf die Förderung von Zusammenarbeit und Entwicklung in der Region hin. Wir fordern ein Ende des arabischen Boykotts gegen Israel.

Wir begrüßen mit Nachdruck den Übergang Südafrikas zu voller Demokratie. Dies wird neue Chancen für Handel und ausländische Direktinvestitionen eröffnen. Wir werden auch weiterhin Unterstützung leisten, um zur Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, insbesondere der ärmsten Gruppen, beizutragen. Nicht nur das südafrikanische Volk, sondern auch die Nachbarn in der Region können viel gewinnen, wenn durch eine kontinuierliche Wirtschaftspolitik das ganze Potential dieses Landes zur Entfaltung gebracht wird. Wir begrüßen auch die von den Ländern in der CFA-Franc-Zone nach der jüngsten Abwertung getroffenen Anpassungsmaßnahmen und die prompte Unterstützung durch die Völkergemeinschaft.

Nukleare Sicherheit

1.

Wir begrüßen die Fortschritte, die im Rahmen des auf den Gipfeltreffen von München und Tokio vereinbarten Programms zur nuklearen Sicherheit für die Staaten Mittel- und Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion erzielt wurden.

2.

Es besteht nunmehr ein wirkungsvoller Rahmen für koordinierte Maßnahmen. In Zusammenarbeit mit anderen Finanzinstitutionen wie der EBWE und der Europäischen Investitionsbank (EIB) sowie der Internationalen Energie-Agentur (IEA) unterstützt die Weltbank diese Staaten bei der Entwicklung langfristiger Energiestrategien. Einige kurzfristige Verbesserungen im Sicherheitsbereich wurden bereits auf den Weg gebracht. Es muß jedoch noch mehr getan und für die Durchführung längerfristiger Maßnahmen gesorgt werden. Die internationalen Finanzinstitutionen werden gebeten, im Einklang mit ihrem Mandat von ihren Kreditvergabemöglichkeiten zu diesem Zweck umfassenden Gebrauch zu machen.

3.

Wir bekennen uns unverändert zu bestehenden internationalen Initiativen, die sich für eine baldige Schließung von besonders risikoreichen Reaktoren einsetzen. Die Schließung des Kernkraftwerks Tschernobyl hat höchste Priorität.

Wir werden deshalb in Kürze der ukrainischen Regierung einen Aktionsplan für die Schließung von Tschernobyl unterbreiten. Dieser Plan erfordert Maßnahmen der ukrainischen Behörden und finanzielle Beiträge seitens der Völkergemeinschaft.

Die Schließung von Tschernobyl würde mit der baldigen Fertigstellung dreier neuer Reaktoren mit angemessenen Sicherheitsstandards, umfassenden Reformen im Energiesektor, einer verstärkten Energieeinsparung und der Nutzung anderer Energiequellen einhergehen.

4.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir den Beitrag der Europäischen Union. Wir sind bereit, in einem weiteren Schritt einen ersten Betrag von bis zu 200 Millionen US-Dollar in Form von Zuschüssen, einschließlich der Auffüllung des Nuklearen Sicherheitsfonds, für diesen Zweck zu gewähren. Darüber hinaus sollten von den internationalen Finanzinstitutionen Kredite zur Verfügung gestellt werden.

Wir appellieren an andere Geber und internationale Finanzinstitutionen, diesen Aktionsplan mit uns gemeinsam zu unterstützen, und wir werden die Fortschritte regelmäßig überprüfen.

Ukraine

Wir wünschen eine stabile und unabhängige Ukraine.

Wir begrüßen die trilaterale Erklärung, die Ratifizierung des START I-Vertrags durch die Ukraine sowie Schritte zur Beseitigung von Kernwaffen. Wir hoffen auf den Beitritt der Ukraine zum Nichtverbreitungsvertrag als Nichtkernwaffenstaat.

Wir sind jedoch zutiefst besorgt über die wirtschaftliche Lage. Echte Reformen sind der einzige Weg zur Verbesserung der Wirtschaftslage. Wir fordern die ukrainische Regierung nachdrücklich auf, rasch stabilitätsorientierte und strukturelle Reformen einschließlich Preisliberalisierung und Privatisierung auszuarbeiten und umzusetzen. Dies würde die Grundlage für Kredite durch den IWF und für umfangreiche Darlehen der Weltbank und der EBWE schaffen. Wir sind bereit, umfassende Reformanstrengungen durch verstärkte technische und finanzielle Hilfe und durch Erleichterung des Zugangs ukrainischer Produkte zu unseren Märkten zu unterstützen.

Durch ein erneutes Bekenntnis zu umfassenden marktwirtschaftlichen Reformen könnte die Ukraine Zugang zu internationalen Finanzmitteln von mehr als 4 Milliarden US-Dollar über einen Zeitraum von zwei Jahren erhalten, sobald echte Reformen begonnen haben.

Wir befürworten den Vorschlag, vor unserem nächsten Treffen eine Konferenz in Kanada über Partnerschaft für die wirtschaftliche Transformation der Ukraine durchzuführen.

Rußland

1.

Wir erkennen die historische Dimension des Reformprozesses in Rußland an. Das Bekenntnis der russischen Führung zu politischen wie auch wirtschaftlichen Reformen und die bisher erreichten Fortschritte empfinden wir als ermutigend.

2.

Der von uns im letzten Jahr in Tokio bekräftigte Ansatz zeitigt Ergebnisse. Wir begrüßen das Abkommen mit dem IWF über ein Wirtschaftsprogramm und die Kreditvereinbarungen, die vor kurzem mit der Weltbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) getroffen wurden. Wir ermutigen Rußland, mit den internationalen Finanzinstitutionen zusammenzuarbeiten, um die Wirtschaft zu stabilisieren, den Reformprozeß zu stärken und soziale Härten zu mildern.

Die gegenwärtig in der Prüfung befindliche Erhöhung der IWF-Ziehungsgrenzen, Zuteilung von Sonderziehungsrechten (SZR) an neue IWF-Mitglieder und Beschleunigung der Kreditvergabe durch die Weltbank, werden die Möglichkeit zur Unterstützung der russischen Reformanstrengungen wesentlich verbessern. Die kürzlich getroffene umfassende Umschuldungsvereinbarung über die russischen Zahlungsverpflichtungen für das Jahr 1994 wird ebenfalls hilfreich sein.

Wir hoffen weiterhin, daß die Gruppe zur Umsetzung von Hilfsmaßnahmen (Support Implementation Group) an der Beseitigung praktischer Hindernisse in Rußland, die unseren Hilfsbemühungen entgegenstehen, mitwirken wird.

3.

Für den Erfolg der Reformen in Rußland wird es von entscheidender Bedeutung sein; inländische Ersparnisse für eine produktive Nutzung zu mobilisieren und Anreize für ausländische

Direktinvestitionen zu schaffen. Wir fordern Rußland daher dringend auf, die rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen für Privatinvestitionen und für den Außenhandel zu verbessern. Wir selbst werden weiterhin mit Rußland im Hinblick auf eine GATT-Mitgliedschaft zusammenarbeiten, um Rußlands Einbeziehung in die Weltwirtschaft voranzubringen und den Zugang russischer Produkte zu unseren Märkten weiter zu verbessern.

Wir werden die Reform in Rußland weiterhin unterstützen.

Andere Länder im Übergang

Wir begrüßen die erreichten Fortschritte und bekräftigen unsere Unterstützung für die Reformanstrengungen der Länder im Übergang.

Insbesondere begrüßen wir die politische und wirtschaftliche Transformation der mittel- und osteuropäischen Staaten und unterstützen ihre Integration in die freie Marktwirtschaft.

Zusammenarbeit bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität und Geldwäsche

1.

Wir sind beunruhigt über die Zunahme der organisierten grenzüberschreitenden Kriminalität, darunter der Geldwäsche, sowie über die Verwendung rechtswidriger Erlöse für die Kontrolle legitimer Geschäfte. Dies ist ein weltweites Problem, wobei die Länder im Übergang zunehmend ins Visier krimineller Organisationen geraten. Wir sind entschlossen, die internationale Zusammenarbeit zu stärken, um dieser Lage Herr zu werden.

Wir begrüßen die Konferenz der Vereinten Nationen über die organisierte grenzüberschreitende Kriminalität, die im Oktober nächsten Jahres in Neapel stattfinden wird.

2.

In bezug auf die Geldwäsche würdigen wir die Leistungen der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen“ (FATF), die wir 1989 eingesetzt haben, und bekräftigen, daß wir für die Fortsetzung ihrer Arbeit für weitere fünf Jahre eintreten. Wir stimmen darin überein, daß Gegenmaßnahmen von FATF-Mitgliedern und anderen Regierungen von Staaten mit wichtigen Finanzzentren getroffen werden müssen, wenn wir unser Ziel erreichen wollen. Der Erfolg hängt letztlich davon ab, daß alle Regierungen für wirksame Maßnahmen zur Verhinderung der Geldwäsche von Erlösen aus dem Drogenhandel und anderen schweren Verbrechen oder Straftaten, die erhebliche Gewinne abwerfen, sorgen.

3.

Wir fordern die Staaten dringend auf, soweit erforderlich die notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen zu ergreifen.

Nächstes Gipfeltreffen

Unsere diesjährigen Gespräche haben uns von den Vorteilen eines weniger formellen Ablaufs des Gipfels, wie wir es in Tokio vereinbart haben, überzeugt. In Neapel konnten wir einen freieren Meinungs austausch führen und ein besseres Verständnis untereinander erzielen. Für das nächste Jahr hoffen wir auf einen noch flexibleren und weniger formellen Gipfel.

Wir haben die Einladung des Premierministers von Kanada angenommen, 1995 in Halifax zusammenzutreffen.

Erklärung des Vorsitzenden

Abgegeben im Namen der Staats- und Regierungschefs der G 7-Staaten und der Russischen Föderation

Neapel, 10. Juli 1994

1.

Diese Veranstaltung hat durch die vollwertige Teilnahme des Präsidenten der Russischen Föderation an den politischen Diskussionen eine zusätzliche Bedeutung erlangt. In dieser Partnerschaft spiegeln sich die Reformen, die in Rußland stattgefunden haben, wider, und sie bestärkt uns in dem Wunsch, die Probleme unserer Zeit in konstruktiver und verantwortlicher Weise gemeinsam zu lösen.

2.

Wir sind der festen Überzeugung, daß die bosnischen Konfliktparteien den Plan, der ihnen am 6. Juli in Genf vorgelegt wurde, annehmen sollten. Wir fordern sie mit Nachdruck auf, dies vor dem 19. Juli zu tun. Wird diese Gelegenheit nicht genutzt, so besteht die ernste Gefahr eines Wiederaufflammens des Krieges in größerem Maßstab. Die Parteien sollten jede militärische Aktion unterlassen.

Wir werden sicherstellen, daß die den Parteien bekannten Maßnahmen sowohl für den Fall der Annahme als auch der Ablehnung umgesetzt werden.

Wir unterstützen den von den Vereinten Nationen durchgeführten Aktionsplan zum Wiederaufbau Sarajevos und begrüßen die Unterzeichnung der Vereinbarung über die EU-Administration für Mostar am 5. Juli durch die Europäische Union und die beteiligten Parteien.

Im Hinblick auf die Schutzzonen der Vereinten Nationen in Kroatien fordern wir mit Nachdruck die Einhaltung des Waffenstillstands, die Wiederaufnahme der Gespräche und die gegenseitige Anerkennung bestehender Grenzen.

3.

Nach dem Tod von Kim Il Sung müssen wir weiterhin eine Lösung des Problems anstreben, das durch die Entscheidung Nordkoreas, aus der IAEO auszutreten, entstanden ist. Wir rufen die DVRK mit Nachdruck auf, mit der RK und der Völkergemeinschaft weiterhin zusammenzuwirken; dies schließt die Fortsetzung der Gespräche mit den Vereinigten Staaten sowie die weitere Vorbereitung des geplanten Gipfelfreffens mit der RK ein. Ferner rufen wir die DVRK nachdrücklich auf, durch uneingeschränkte und bedingungslose Einhaltung seiner Nichtverbreitungspflichten für vollständige Transparenz in bezug auf sein Nuklearprogramm zu sorgen und ein für allemal die Verdachtsmomente auszuräumen, die um seine nuklearen Aktivitäten entstanden sind. Wir unterstützen die erneuten Bemühungen, die nordkoreanische Nuklearproblematik auf dem Weg des Dialogs zu lösen, und betonen, wie wichtig es ist, daß die DVRK die Kontinuität der IAEO-Sicherungsmaßnahmen gewährleistet und ihr Nuklearprogramm eingefroren läßt, wozu auch zählt, daß abgebrannte Brennelemente nicht wieder aufgearbeitet und die Kernreaktoren des Landes nicht erneut bestückt werden.

4.

Wir haben die israelisch-palästinensische Grundsatzklärung sowie die Unterzeichnung des Gaza-Jericho-Abkommens als ersten Schritt zu deren Umsetzung begrüßt. Wir erkennen die

Notwendigkeit an, die Bereitstellung von Hilfe zu beschleunigen und die Bedingungen für eine wirkliche Verbesserung der Lebensumstände zu schaffen. Fortschritte in den anderen bilateralen Gesprächsprozessen und in den multilateralen Verhandlungen sind nunmehr dringend erforderlich, um eine dauerhafte und umfassende Beilegung des arabisch-israelischen Streites sowie einen breiter angelegten Friedens- und Kooperationsprozeß in der gesamten Nahost- und Mittelmeerregion zu erreichen. Wir rufen die Liga der Arabischen Staaten auf, ihren Boykott gegen Israel zu beenden. Wir unterstützen die Bemühungen um den Wiederaufbau eines wirtschaftlich gesunden und unabhängigen Libanon.

Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, die vollständige Umsetzung jeder einzelnen einschlägigen Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu Irak und Libyen zu erzwingen, bis diese eingehalten werden, und erinnern daran, daß eine solche Umsetzung eine erneute Überprüfung von Sanktionen zur Folge hätte.

Wir rufen die Regierung Irans auf, sich konstruktiv an internationalen Bemühungen um Frieden und Stabilität zu beteiligen und sein diesen Zielen entgegengesetztes Verhalten, unter anderem im Hinblick auf den Terrorismus, zu ändern.

Wir unterstützen die Entscheidung der algerischen Regierung, die wirtschaftlichen Reformen, die energisch verfolgt werden müssen, voranzubringen, und rufen die algerische Führung gleichzeitig mit Nachdruck auf, einen politischen Dialog mit allen Teilen der algerischen Gesellschaft, die Gewalt und Terrorismus ablehnen, fortzuführen. Wir verurteilen das jüngste Massaker an italienischen Seeleuten und anderen Opfern und sprechen ihren Familien unser Beileid aus.

Wir rufen die Regierung der Republik Jemen auf, politische Differenzen innerhalb des Landes auf dem Wege des Dialogs und mit friedlichen Mitteln zu lösen und sicherzustellen, daß man sich mit der humanitären Lage, insbesondere in und um Aden befaßt. Internationale Verpflichtungen, darunter die Souveränität und territoriale Unversehrtheit, sollten eingehalten werden.

5.

Wir haben auf den jüngsten Aufruf des Generalsekretärs der Vereinten Nationen reagiert und der Lage auf dem afrikanischen Kontinent besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Wir begrüßen die Leistung der Menschen Südafrikas, die die Apartheid mit verfassungsmäßigen Mitteln beendet haben, und erklären uns bereit, die neue Regierung in ihren Bemühungen um den Aufbau einer stabilen und wirtschaftlich erfolgreichen Demokratie zu unterstützen. Gleichzeitig sind wir uns der humanitären Tragödie, von der viele Länder in Afrika betroffen sind, schmerzlich bewußt, und wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um ihnen zu helfen. Besonders entsetzt uns die Lage in Ruanda, und wir fordern die ununterbrochene Fortsetzung des begrüßenswerten, von Frankreich durchgeführten humanitären Einsatzes durch die rasche Stationierung von UNAMIR II. Wir fordern mit Nachdruck einen stabilen Waffenstillstand, der zu einer politischen Lösung führt sowie verstärkte und dringliche humanitäre Hilfsmaßnahmen. Wir unterstützen die Bemühungen zur Umsetzung der Einigung in Angola.

6.

Wir fordern, daß die Militärführer in Haiti alle einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen uneingeschränkt einhalten und eine Wiedereinsetzung der Demokratie sowie die

Rückkehr der demokratisch gewählten Regierung von Präsident Aristide zulassen. Wir rufen alle Staaten auf, Druck auf das de facto-Regime auszuüben, sowie verstärkte VN-Maßnahmen in bezug auf Haiti durchzusetzen.

7.

Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Flugkörpern stellt eine der ernstesten Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit dar. Wir rufen alle Staaten, die dies noch nicht getan haben, auf, dem NVV als Nichtkernwaffenstaaten beizutreten. Wir erklären unsere eindeutige Unterstützung für eine unbefristete Verlängerung des Vertrags im Jahre 1995. Wir betonen, wie wichtig es ist, die Zahl der Kernwaffen weiter zu reduzieren, und bekräftigen unser Bekenntnis dazu, weltweit gültige, nachprüfbar und umfassende Verträge über das Verbot von Kernwaffenversuchen sowie der Produktion von spaltbarem Material für Kernwaffen zu schließen. Wir bekräftigen, daß wir uns für das möglichst baldige Inkrafttreten des Chemiewaffenübereinkommens einsetzen, und begrüßen die Sonderkonferenz der Vertragsstaaten des Übereinkommens über biologische Waffen und Toxinwaffen. Wir unterstützen die vollständige Umsetzung des VN-Registers konventioneller Waffen. Wir kommen überein, bei der Verhinderung des Nuklearschmuggels zusammenzuarbeiten. Wir messen dem Problem der Schützenabwehrminen, unter anderem Bemühungen zur Unterbindung ihres wahllosen Einsatzes, zur Verhinderung ihres Exports und zur Unterstützung bei ihrer weltweiten Räumung, vordringliche Bedeutung bei.

Wir werden untereinander und mit anderen an wirksamen Exportkontrollen zusammenarbeiten, um sicherzustellen, daß der Handel mit Rüstungsgütern und sensitiven Dual-Use-Gütern verantwortlich durchgeführt wird.

Wir unterstützen die Nichtverbreitungsbemühungen im Nahen Osten und in Südasiens.

8.

Den Vereinten Nationen kommt eine zentrale Rolle bei der vorbeugenden Diplomatie, der Friedenserhaltung und -schaffung sowie der Konsolidierung des Friedens nach Konflikten zu. Es ist von grundlegender Bedeutung, daß für all diese Aktivitäten ein umfassendes Mandat erteilt wird und daß sie wirkungsvoll geplant und organisiert sowie finanziert werden, damit die an sie geknüpften Erwartungen erfüllt werden können. Alle Mitglieder der Vereinten Nationen haben diesbezüglich klare Pflichten, denen sie nachkommen müssen. Zahlungsrückstände müssen beseitigt und Beiträge prompt und in voller Höhe bezahlt werden, wobei ein gerechterer Beitragsschlüssel Veränderungen in der Weltwirtschaft und in der VN-Mitgliedschaft widerspiegeln sollte. Die Reform der Vereinten Nationen muß weitergeführt werden, um Effizienz, eine Rationalisierung der Aufgaben und Kosteneffektivität sicherzustellen.

Regionale Organisationen können im Bereich der vorbeugenden Diplomatie und der Friedenserhaltung in vollem Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen sowie einschlägigen KSZE-Dokumenten einen wesentlichen Beitrag leisten. Wir betonen, wie wichtig es ist, daß alle Parteien friedenserhaltenden Operationen zustimmen, und weisen erneut auf die Notwendigkeit hin, in jedem Fall die Souveränität und territoriale Unversehrtheit zu respektieren. Ferner unterstreichen wir, daß die Vereinten Nationen um ein Mandat zu ersuchen sind, wenn Friedenstruppen mit der Notwendigkeit konfrontiert

werden können, über die Erfordernisse der Selbstverteidigung hinaus Gewalt anzuwenden.

Der KSZE-Gipfel in Budapest im Dezember sollte ein wichtiger Meilenstein im Prozeß der Stärkung der Rolle und der Möglichkeiten der KSZE sein. Wir unterstützen den Abschluß des Stabilitätspakts, der auf die Förderung guter Beziehungen in Europa abzielt.

Wir begrüßen die Aufnahme eines regionalen Sicherheitsdialogs im asiatisch-pazifischen Raum, insbesondere im Rahmen des ASEAN-Regionalforums.

9.

Wir treten für die Verbesserung von internationalen Kontrollmechanismen und -verfahren zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte überall, einschließlich der Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten, ein und sichern dem neugeschaffenen Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte unsere Unterstützung zu. Wir sind entschlossen, die Anstrengungen zur Bekämpfung von Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, aggressivem Nationalismus, Antisemitismus und anderen Formen der Intoleranz zu verstärken.

Die Völkergemeinschaft sollte sich wirkungsvollere Mittel schaffen, um prompt auf humanitäre Notlagen weltweit zu reagieren. Wir werden uns bemühen, unsere Fähigkeiten zu verbessern, durch die Vereinten Nationen und andere angemessene Mechanismen diesen Anforderungen gerecht zu werden.

10.

Wir verurteilen den Terrorismus, insbesondere den staatlich geförderten, in allen seinen Formen und bekräftigen unsere Entschlossenheit, bei dessen Bekämpfung energisch zusammenzuarbeiten. Wir rufen alle beteiligten Länder auf, auf die Unterstützung des Terrorismus, auch in finanzieller Form, zu verzichten und wirksame Maßnahmen zu treffen, um terroristischen Organisationen die Nutzung ihres Hoheitsgebiets zu verwehren.

Wir betonen, daß das organisierte Verbrechen und der Drogenhandel eine Bedrohung sowohl des politischen als auch des wirtschaftlichen und sozialen Lebens darstellen, und rufen zu verstärkter internationaler Zusammenarbeit auf. Wir stimmten darin überein, daß die vorgeschlagene Weltkonferenz auf Ministerebene, die auf Initiative der italienischen Regierung im Oktober in Neapel stattfindet, eine überaus wichtige Gelegenheit zur Förderung dieser Zusammenarbeit bieten wird.

11.

Das Treffen hat uns auch die Gelegenheit zum Meinungsaustausch über den Reformprozeß in Rußland gegeben; dieser stellt eine historische Aufgabe dar, die Präsident Jelzin und die russische Regierung weiterhin mit der anhaltenden Unterstützung der Völkergemeinschaft voranbringen. Präsident Jelzin hat den russischen Standpunkt zu Fragen der Weltwirtschaft und der internationalen Sicherheit dargelegt. Wir haben die Absicht, in Fragen wie grenzüberschreitende Kriminalität, Geldwäsche und nukleare Sicherheit zusammenzuarbeiten.

12.

Mit Blick auf Halifax werden wir unsere enge Zusammenarbeit fortsetzen, um die Bedingungen für die Erhaltung des Weltfriedens und der internationalen Stabilität zu verbessern.